



Medienkonferenz «Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen: Fünfjähriges Bestehen der Fachstelle und Projektierungskredit für hindernisfreie Bus- und Tramhaltestellen» vom Montag, 29. Juni 2015

REFERAT VON URS GERMANN, LEITER FACHSTELLE GLEICHSTELLUNG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG DER STADT BERN

*Es gilt das gesprochene Wort*

Liebe Anwesende

Sie haben es von Frau Teuscher gehört: Eine Hauptaufgabe der Fachstelle betrifft die Sensibilisierung und Beratung. Beides soll den Direktionen ermöglichen, die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in ihren Zuständigkeitsbereichen zu verbessern. Dazu gehört – wie erwähnt – hartnäckiges Einmischen und stetes Dranbleiben an heiklen Themen. Ich bin überzeugt, dass sich die Ausdauer letztlich für alle auszahlt: wird nämlich von Anfang an konsequent nach dem Prinzip «Zugang für alle» gedacht, geplant und gehandelt, lassen sich später aufwändige und kostspielige Korrekturen vermeiden. Oder anders formuliert: es ist eigentlich schade, dass die Stadt Bern die Fachstelle nicht bereits früher eingerichtet hat!

Die Fachstelle vertritt in Anlehnung an die UNO-Behindertenrechtskonvention ein breites Verständnis von Gleichstellung. Die Konvention ist 2014 in Kraft getreten und wird die Behindertenpolitik der Schweiz in den nächsten Jahren stark prägen. Die Fachstelle hat in dieser Hinsicht also eine gewisse Leuchtturmfunktion. Gleichstellung betrifft demnach alle Lebensbereiche – und damit auch alle Tätigkeitsbereiche der Stadtverwaltung. Dazu gehören nicht nur die Zugänglichkeit des öffentlichen Raums und von Bauten, von der anschliessend die Rede sein wird, sondern auch der Zugang zu Bildungs- und Sportangeboten, Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, die Förderung von selbständigem Wohnen oder die barrierefreie Gestaltung der Kommunikation.

Vor Herausforderungen stehen wir zum Beispiel im Schulbereich. Hier geht es langfristig um die erfolgreiche Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Ausbildung und Erwerbsleben. Viel wurde bereits für die Integration in der Volksschule getan. Der Kanton arbeitet nun an einer Neuausrichtung des Sonderschulbereichs. Davon betroffen sind Kinder und Jugendliche, die heute nicht die Regelschule besuchen. Auch hier ist mittelfristig eine Stärkung der Integration zu erwarten. Für die Stadt stellt sich die Frage, wie wir die Aufnahmefähigkeit und Durchlässigkeit der Volksschule weiter verbessern können. Wichtige Stichworte hierzu sind: Sensibilisierung der Schulleitungen, Zusatzqualifizierung des Lehrpersonals, Zugänglichkeit der Schulhäuser, Kooperationen zwischen Volks- und Sonderschulen sowie die Förderung integrativer Freizeitprojekte. Letzteres wird bereits heute mit grossem Gewinn gelebt, etwa bei der Zusammenarbeit zwischen dem Pestalozzi-Schulhaus und dem Schulheim Weissenheim.

Ebenfalls zentral für die Autonomie von Menschen mit Behinderungen ist das Thema Wohnen. Vor allem Menschen mit Mobilitäts- oder Seheinschränkungen stossen auf bauliche Hindernisse in Altbauten oder auf Vorurteile. Zudem mangelt es an bezahlbarem Wohnraum. Auch hier spielen Vernetzung und Sensibilisierung eine wichtige Rolle. So hat der Gemeinderat 2013 beschlossen, die städtischen Wohnangebote, die hindernisfrei sind, besser zu kennzeichnen, und Veranstaltungen für die Sensibilisierung von Architektinnen und Liegenschaftsverwalter anzubieten. Neubauten werden konsequent nach den Grundsätzen des anpassbaren Wohnungsbaus erstellt.

Wie Sie sehen, hat Gleichstellung viele Dimensionen. Erst die konsequente Berücksichtigung aller Faktoren und den Einbezug aller Akteure machen es möglich, dass Menschen mit Behinderungen autonom leben und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können. Bis zur Erreichung dieses Ziels wird es noch viele – kleine und grosse – Schritte brauchen.